

Ausgewählte Vorgänge auf EU-Ebene



**Nummer
27/2014
14. bis 20. Juli
2014**

Mit Vorschau auf Termine und Entscheidungen

A. Das Wichtigste in Kürze

Juncker zum neuen Präsidenten der Europäischen Kommission gewählt

Das Europäische Parlament hat am 15.07. Jean-Claude Juncker mit einer Mehrheit von 422 Stimmen in geheimer Wahl zum Kommissionspräsidenten gewählt. Erforderlich waren mindestens 376 Stimmen (absolute Mehrheit der 751 Abgeordneten). Die beiden größten Fraktionen (EVP und S&D) verfügen zusammen über 412 Stimmen. Da aber bei der EVP die 12 Ungarn und bei der S&D die 20 Briten und 13 Franzosen sich gegen Juncker ausgesprochen haben, kam es auf die Stimmen der 67 Liberalen an.

Vor der Abstimmung stellte Juncker in einer Rede seine politischen Leitlinien vor: „Meine erste Priorität und der Leitfaden jeden einzelnen Vorschlages ist Wachstum und Arbeitsplätze in Europa zu schaffen“, sagte er. "Um das zu erreichen werde ich, in den ersten drei Monaten meiner Amtszeit, ein Paket für Arbeitsplätze, Wachstum und Investition vorlegen, um 300 Milliarden Euro an Investitionen über die kommenden drei Jahre zu generieren." Der Stabilitäts- und Wachstumspakt müsse eingehalten werden, die Flexibilität des Pakts sei aber so gut wie möglich zu nutzen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140714IPR52341/html/Europ%C3%A4isches-Parlament-w%C3%A4hlt-Juncker-zum-Pr%C3%A4sidenten-der-EU-Kommission> (PM EP)

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-14-546_de.htm (Rede Juncker)

http://ec.europa.eu/about/juncker-commission/docs/pg_de.pdf (Leitlinien)

Dr. Ekkehard Rohrer
MPA (Harvard University)

MPA-Dozent HS Kehl

Square Marguerite 15/35
B-1000 Bruxelles

Rohrer@hss.de

Ekkehard.Rohrer@skynet.be

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Europäischer Rat erzielt keine Einigung bei Spitzenpositionen in der EU

Die Staats- und Regierungschefs der EU konnten sich bei ihrem Sondertreffen am 16.07. nicht auf die Nachfolger für den Präsidenten des Europäischen Rats, die EU-Außenbeauftragte und den Vorsitzenden der Eurogruppe einigen. Der endgültige Beschluss soll nunmehr auf einer Sondertagung am 30.08. gefasst werden. Anzu-merken ist, dass damit der Zeitplan für die Konstituierung der neuen Kommission unter Druck gerät. Das Zustimmungsvotum des Europäischen Parlaments muss bis Oktober eingeholt sein, damit das neue Kollegium am 1. November sein Amt antreten kann. http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/144005.pdf

2. Schulz fordert mehr Frauen in der neuen Kommission

Der neuen Kommission müssten genügend Frauen angehören, andernfalls werde das Europäische Parlament sie nicht bestätigen, warnte Parlamentspräsident Martin Schulz die EU-Staats- und Regierungschefs zu Beginn des EU-Gipfels in Brüssel am 16. Juli: „Ein Männerclub wird im Parlament durchfallen.“

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140715STO52511/html/Schulz-fordert-mehr-Frauen-in-der-neuen-Kommission-auf-dem-EU-Gipfel>

3. Vier Interimskommissare im Amt

Nach dem Ausscheiden von vier Kommissionsmitgliedern, die ihr Amt wegen Wahl ins Europäische Parlament niedergelegt hatten, ernannte der Rat am 17.07. im schriftlichen Verfahren, nach Zustimmung des EP, als Nachfolger für den Kommissar für Wirtschaft und Währung *Olli Rehn*, den ehemaligen finnischen Ministerpräsidenten *Jyrki Katainen*, als Nachfolger für den Kommissar für Finanzplanung und Haushalt *Janusz Lewandowski*, den Unterstaatssekretär im polnischen Finanzministerium *Jacek Dominik*, als Nachfolgerin für Vizepräsidentin *Viviane Reding*, zuständig für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, die Generaldirektorin der Kommission *Martine Reicherts* und als Nachfolger für Vizepräsident *Antonio Tajani*, den früheren Botschafter und ständigen Vertreter Italiens bei der EU (2008-2013) *Ferdinando Nelli Feroci*. Nur Katainen könnte auch der neuen Kommission (ab 01.11.) angehören.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/144020.pdf (PM Rat)

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20140714IPR52304/20140714IPR52304_en.pdf (PM EP - Anhörungen)

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20140715IPR52449/20140715IPR52449_de.pdf (PM EP - Abstimmung)

II. Internationales

1. Europäischer Rat für verschärfte Sanktionen gegen Russland

Der Europäische Rat verurteilte am 16.07. die anhaltenden illegalen Handlungen bewaffneter Aktivisten in der Ostukraine und forderten Russland auf, seinen Einfluss auf diese Aktivisten zu nutzen und den Zustrom von Waffen und Aktivisten über die Grenzen zu beenden. Der Rat soll bis Ende Juli die Sanktionen gegen Personen und Einrichtungen in Russland ausweiten. Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) sollen neue Finanzierungsmaßnahmen in Russland aussetzen. Die Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst werden ersucht, Vorschläge zur Einschränkung von Investitionen auf der Krim und in Sewastopol vorzulegen.

2. Erweiterte Sanktionen der EU gegen Russland in Kraft

Der Rat beschloss am 18.07. im schriftlichen Verfahren das Einfrieren sämtlicher Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen von natürlichen Personen, welche die territoriale Unversehrtheit, die Souveränität und die Unabhängigkeit der Ukraine oder aber die Stabilität oder die Sicherheit der Ukraine untergraben, einzufrieren. Dasselbe gilt für juristische Personen welche derartige Handlungen unterstützen und für juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen auf der Krim oder in Sewastopol, deren Inhaberschaft entgegen ukrainischem Recht übertragen wurde, oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die von einer solchen Übertragung profitiert haben.

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:L:2014:214:TOC>

3. EU fordert Untersuchung des Flugzeugabsturzes in der Ostukraine

Der Absturz einer malaysischen Passagiermaschine in der Ostukraine mit fast 300 Todesopfern hat bei den Spitzenvertretern der EU Entsetzen ausgelöst. Kommissionspräsident José Manuel Barroso, EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy und die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton fordern am 17.07. eine umgehende Aufklärung und eine internationale Untersuchung der Ursachen der Katastrophe

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12567_de.htm

http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-14-231_en.htm?locale=en

III. Wirtschaft und Finanzen

1. EZB/Draghi: Aufwertung des Euro gefährdet Erholung

EZB-Präsident Mario Draghi führte am 14.07. einen monetären Dialog mit dem Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments. Draghi sieht eine nur schwache wirtschaftliche Erholung im Euro-Währungsgebiet. Die Inflationsrate werde in den kommenden Monaten niedrig bleiben und in 2015 und 2016 langsam ansteigen. Die EZB werde die möglichen Auswirkungen geopolitischer Risiken von Wechselkursänderungen genau verfolgen. Ein wesentlicher Grund für die zu niedrige Inflationsrate sei die Aufwertung des Euro seit Mitte 2012. In der derzeitigen Situation wäre eine weitere Aufwertung ein Risiko für den Wirtschaftsaufschwung. In der Aussprache bekräftigte Draghi, dass eine stärkere Verschuldung kein Ausweg aus der Krise sei. Wachstum gelinge nur über Strukturreformen.

<http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2014/html/sp140714.en.html> (PM EZB)

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20140714IPR52301/20140714IPR52301_en.pdf (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/en/committees/video?event=20140714-1900-COMMITTEE-ECON> (Video EP)

2. EZB/Praet: Sondermaßnahmen der EZB drücken Wechselkurs des Euro

In einem Interview mit der französischen Zeitung Les Echos (15.07.) erklärte EZB-Direktoriumsmitglied Peter Praet, dass die EZB erst die Auswirkungen ihrer im Juni angekündigten Sondermaßnahmen abwarten wolle bevor über neue unkonventionelle Instrumente wie groß angelegte Anleihenkäufe („quantitative easing“, QE) entschieden werde. Wegen des geringen Volumens des privaten Kapitalmarkts im Euro-Währungsgebiet kämen für QE vor allem Staatsanleihen in Frage. Es könne im Übrigen nicht ausgeschlossen werden, dass die Liquidität aus den vorgesehenen Langzeittendern für den Ankauf von Staatsanleihen genutzt werde. Praet erwartet aber,

dass die lockere Geldpolitik der EZB sich mit der Zeit in einem niedrigeren Eurokurs niederschlägt.

<http://www.ecb.europa.eu/press/inter/date/2014/html/sp140715.en.html>

3. Weidmann: Geldpolitik hat den Regierungen Zeit gekauft

In einem Interview mit der Welt am Sonntag (13.07.) bekräftigte Bundesbankpräsident Jens Weidmann die Bedeutung solider Staatsfinanzen und bindender Fiskalregeln für einen stabilen Euro. Die Krise habe gezeigt, wohin es führt, wenn sich Staaten nicht an Verabredungen halten und Vertrauen verlieren. Die Geldpolitik habe den Regierungen Zeit gekauft, um Strukturreformen umzusetzen und die Haushalte zu konsolidieren – teilweise unter Dehnung ihres Mandats. Wenn diese Zeit nicht genutzt wird, könne die Schuldenkrise schnell wieder aufflammen. Allerdings sei die Versuchung groß, notwendige nationale Anpassungsmaßnahmen zu verschieben. Es bestehe daher das Risiko, dass der Reform- und Konsolidierungswillen weiter erlahmt und in der Folge die Geldpolitik unter noch größeren Druck gerät.

http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Interviews/2014_07_13_weidmann_welt_am_sonntag.html?startpageId=Startseite-DE&startpageAreald=Teaserbereich&startpageLinkName=2014_07_13_weidmann_welt_am_sonntag+177976

4. Rat verabschiedet einheitlichen Abwicklungsmechanismus für Banken

Der Rat hat am 14.07., nach Zustimmung des EP, die Verordnung zur Einführung eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus für Banken (SRM) förmlich verabschiedet.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/143925.pdf
http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=PE%2088%202014%20REV_1

5. Europäisches Gericht bestätigt Abwicklung der WestLB

Im Zusammenhang mit der Krise auf den Finanzmärkten ab Mitte 2007 genehmigte die Kommission mit Entscheidung vom 12. Mai 2009 unter zahlreichen Bedingungen und Auflagen eine für die WestLB in Form einer Garantie vorgesehene staatliche Beihilfe in Höhe von 5 Mrd. Euro. Zu den Bedingungen gehört insbesondere die Reduzierung der Bilanzsumme um 50 %, die Schließung von 21 Standorten und die Aufgabe von 19 Beteiligungen. Am 13. November 2009 hat der Westfälisch-Lippische Sparkassen- und Giroverband, einer der Eigentümer der damaligen WestLB, beim Gericht Klage auf Nichtigerklärung dieser Entscheidung erhoben. Am 17.07. wies das Gericht die Klage ab. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=155101&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=140322>

6. Bulgarien betreibt Beitritt zur gemeinsamen Bankenaufsicht (SSM)

Nach einer Krisensitzung der politischen Führung des Landes im Gefolge der Affäre um die viertgrößte Bank Bulgariens, die Corporate Commercial Bank (Corpbank), hat die bulgarische Zentralbank Kontakt mit der EZB aufgenommen, um den Beitritt von Bulgarien zum Einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus (SSM) vorzubereiten. Parallel dazu hat die bulgarische Zentralbank auch Gespräche mit der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) aufgenommen, um eine Überprüfung der Qualität und der Leistungsfähigkeit der bulgarischen Bankenaufsicht sowie der Aufsichtspraxis und -verfahren zu veranlassen.

http://www.bnb.bg/PressOffice/POPressReleases/POPRDate/PR_20140715_EN

Inhaltsverzeichnis

A. Das Wichtigste in Kürze	1
I. Institutionelle Angelegenheiten	2
II. Internationales	2
III. Wirtschaft und Finanzen	3
B. Weitere Informationen	6
I. Institutionelle Angelegenheiten	6
II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe.....	7
a) Internationales	7
b) Außenhandel	9
c) Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe	10
III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit	10
a) Arbeit, Soziales, Chancengleichheit.....	10
b) Gesundheit	12
IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei	13
a) Ernährung	13
b) Landwirtschaft.....	13
c) Fischerei	15
V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht	16
a) Binnenmarkt und Verbraucherschutz.....	16
b) Steuern	16
c) Wettbewerbsrecht	17
VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen	18
a) Wirtschaft.....	18
b) Währung und Finanzen.....	19
VII. Justiz und Inneres.....	23
a) Justiz.....	23
b) Inneres.....	24
VIII. Umwelt und Verkehr	25
IX. Medien und Informationsgesellschaft	26
X. Sonstiges.....	26
Vorschau auf Termine und Entscheidungen.....	27
Rat der Europäischen Union und Europäischer Rat	27
Europäisches Parlament.....	27
Europäische Kommission.....	28
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	28
Europäischer Gerichtshof.....	29

B. Weitere Informationen

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Programm von Jean-Claude Juncker als Kommissionspräsident

Juncker stellte am 15.07. seine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel vor. Diese umfasst 10 Schlüsselbereiche: (1) Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen (Mobilisierung von 300 Mrd. EUR in 3 Jahren, evtl. mit Kapitalerhöhung der Europäischen Investitionsbank (EIB); (2) Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt; (3) Eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik, einschließlich **verbindlicher Ziele für Energieeffizienz**; (4) Ein vertiefter und fairer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis, mit **strengerer Kontrolle der Banken, einer Kapitalmarktunion, Kampf gegen Steuerumgehung, Steuerbetrug und Geldwäsche sowie einer Finanztransaktionssteuer**, (5) Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion, mit Förderung von Strukturreformen (evtl. mit Finanzanreizen), einer **Fiskalkapazität auf Euroraumebene** und einer sozialen Folgenabschätzung bei künftigen Hilfs- und Reformprogrammen; (6) Ein vernünftiges und ausgewogenes Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten; (7) Auf gegenseitigem Vertrauen fußender Raum des Rechts und der Grundrechte, mit Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention; (8) Hin zu einer neuen Migrationspolitik; (9) Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne, mit Fortführung der Erweiterungsverhandlungen aber **keiner Erweiterung in den nächsten fünf Jahren**; und (10) Eine Union des demokratischen Wandels.

http://ec.europa.eu/about/juncker-commission/docs/pg_de.pdf (Leitlinien)

2. Rat einigte sich auf Standpunkt zum EU-Haushalt für 2015

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter einigte sich am 15.07. auf eine Position des Rates für die Haushaltsgespräche mit dem Europäischen Parlament. Der Rat wird diesen Standpunkt Anfang September im schriftlichen Verfahren förmlich annehmen. Vorgesehen sind 140 Mrd. EUR Zahlungsermächtigungen und 145,08 Mrd. EUR Verpflichtungsermächtigungen. Der Rat blieb damit bei den Zahlungsermächtigungen um 2,1 Mrd. EUR und bei den Verpflichtungsermächtigungen um 0,522 Mrd. EUR unter dem Voranschlag der Kommission.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/143936.pdf

3. Haushaltslücken: EU-Programme wiederholt in Gefahr

Die EU müsse aufhören, ihre stetig wachsenden unbezahlten Rechnungen von einem Jahr aufs andere aufzuschieben, forderten die Europaabgeordneten am 16.07. Abgeordneten in einer Debatte zum Mangel an Finanzmitteln im EU-Haushalt 2014. Wenn das Problem nicht gelöst wird, könnten Programme wie Erasmus+, Forschungsprojekte oder die humanitäre Hilfe für syrische Flüchtlinge in ernsthafte Schwierigkeiten geraten. So wie in den Jahren 2011 und 2012 war die Kommission auch 2013 nicht in der Lage, alle ausstehenden Rechnungen zu begleichen. Viele davon wurden auf das Haushaltsjahr 2014 verschoben, mit der Konsequenz, dass sich mittlerweile die offenen Rechnungen insgesamt auf über 23 Mrd. Euro belaufen. In diesem Jahr fehlt das Geld schon früher als im letzten Jahr.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140711IPR52250/html/Haushalts%C3%BCcken-EU-Programme-wiederholt-in-Gefahr>

4. Rat billigt Berichtigungshaushalt Nr. 2 für 2014

Der Rat nahm am 14.07. seinen Standpunkt zum Berichtigungshaushalt Nr. 2 für 2014 an. Er billigte die Verbuchung eines Überschusses von 1.01 Mrd. EUR aus dem Jahr 2013. Hierdurch sinken die Beiträge der Mitgliedstaaten für 2014 entsprechend.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/143934.pdf

5. Entscheidungen des Petitionsausschusses des EP nicht anfechtbar

Nach Auffassung des Generalanwalts Niilo Jääskinen sind Entscheidungen des Petitionsausschusses des Europäischen Parlaments gerichtlich nicht anfechtbar. Entgegen der Rechtsprechung des Gerichts ist dieser Grundsatz nach Ansicht des Generalanwalts auch auf alle Entscheidungen anzuwenden, mit denen eine Petition für unzulässig erklärt wird.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-07/cp140107de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=155165&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&ir=&occ=first&part=1&cid=126885>

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. EP fordert Russland zur Beachtung des Ukraine-Friedensplans auf

In einer am 17.07.angenenommenen Resolution fordert das Europäische Parlament, Russland solle den von der Ukraine vorgeschlagenen Friedensplan unterstützen, die Waffenruhe einhalten und seine Söldner durch einen Rückzugskorridor abziehen. Von den EU-Ländern verlangt das EP, Russland keine Waffen mehr zu verkaufen, und der Ukraine zu helfen, durch Schubumkehr in den Röhren eine hinreichende Erdgasversorgung sicherzustellen.

[http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140711IPR52236/html/Russland-zur-](http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140711IPR52236/html/Russland-zur-Zusammenarbeit-auf-Grundlage-des-Ukraine-Friedensplans-aufgefordert)

[Zusammenarbeit-auf-Grundlage-des-Ukraine-Friedensplans-aufgefordert](http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140711IPR52236/html/Russland-zur-Zusammenarbeit-auf-Grundlage-des-Ukraine-Friedensplans-aufgefordert)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2014-0009+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Interview mit Elmar Brok: "Die Nachbarschaft brennt"

In einem Interview warnte der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, Elmar Brok (EVP/DE, CDU) vor den Brandherden im Nahen Osten und in der Ukraine. „Wir müssen die Ukraine unterstützen, damit die Separatisten nicht weiter vorangehen können. Es ist wichtig mit den Ukrainern gemeinsam, die OSZE Mission auszudehnen. So dass, die Grenzen zu Russland kontrolliert werden können, um zu verhindern, dass Personal und Waffen auf diese Art und Weise in die Ukraine gelangen“, erklärte Brok. „Wir haben keine wirkliche Russlandpolitik, wir haben keine richtige Energie- und Außenpolitik, die unsere Position stärken könnte“, fügte Brok hinzu. Die Mitgliedstaaten müssten merken, „dass in vielen dieser Fragen ein gemeinsames europäisches Handeln hilft, unsere Interessen durchzusetzen. Jetzt ist der Augenblick, um das zu erkennen.“

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140716STO52703/html/Interview-mit-Elmar-Brok-Die-Nachbarschaft-brennt>

3. Europäischer Rat besorgt über Gewalt zwischen Israel und Gaza

Der Europäische Rat verfolgte am 16.07. „ mit großer Besorgnis die anhaltende Gewalt zwischen Israel und Gaza“. Er verurteilt die vom Gazastreifen aus durchgeführten Raketenangriffe auf Israel. Israel habe das Recht, seine Bevölkerung vor Angriffen dieser Art zu schützen. Es müsse dabei jedoch unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit vorgehen und den Schutz der Zivilbevölkerung zu jeder Zeit sicherstellen. Die tragischen Ereignisse der letzten Tage machten deutlich, dass alle Seiten dringend auf eine Wiederaufnahme des diplomatischen Prozesses hinarbeiten und sich für eine Zweistaatenlösung des israelisch-palästinensischen Konflikts einsetzen müssen. Die EU stelle beiden Seiten erneut ein Bündel politischer und wirtschaftlicher Unterstützungsmaßnahmen sowie eine besondere privilegierte Partnerschaft mit der EU in Aussicht, sofern eine endgültige Friedensvereinbarung erreicht wird.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/144005.pdf

4. EU-Abgeordnete fordern Waffenruhe in Israel und Palästina

EU-Abgeordnete aller Parteien verurteilten die Gewaltwelle in Israel und Palästina während einer Plenardebatte am 16.07. Sie drängten alle Beteiligten, einer Waffenruhe einzuwilligen. Am verabschiedeten sie eine entsprechende Entschließung zur Eskalation der Gewalt zwischen Israel und Palästina.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140715STO52510/html/EU-Abgeordnete-fordern-Waffenruhe-in-Israel-und-Pal%C3%A4stina>

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140716IPR52718/html/Gaza-MEPs-call-for-immediate-ceasefire-and-resumption-of-direct-peace-talks>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2014-0012+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

5. Europäisches Parlament verurteilt Dschihad-Terrorismus im Irak

In einer am 17.07. angenommenen Entschließung verurteilt das Parlament scharf die vom IS (Islamischer Staat) gegen irakische Bürger und den irakischen Staat verübten Angriffe, einschließlich der Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren und der Durchsetzung einer strengen Auslegung der Scharia.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140711IPR52235/html/Irak-Parlament-verurteilt-Dschihad-Terrorismus-und-fordert-nachhaltige-L%C3%B6sung>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2014-0011+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

6. EP rügt Menschenrechtsverletzungen in Ägypten, Sudan und Nigeria

Das Europäische Parlament verabschiedete am 17.07. drei Entschließungen zu Menschenrechtsverletzungen. Zum Sudan wird unter Bezugnahme auf das Strafverfahren gegen die zum Christentum konvertierte Meriam Yahia Ibrahim zum Schutz religiöser Minderheiten aufgefordert. Zu Ägypten wird die mangelnde Meinungs- und Versammlungsfreiheit gerügt. Im Falle Nigerias werden die jüngsten Angriffe von Boko Haram verurteilt und die unverzügliche Freilassung der entführten Mädchen gefordert.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140711IPR52238/html/Human-rights-Sudan-freedom-of-expression-in-Egypt-recent-attacks-in-Nigeria>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2014-0006+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Sudan)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2014-0007+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Ägypten)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2014-0008+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Nigeria)

7. Geberkonferenz nach Balkan-Flut mobilisiert Milliarden

Am 16.07. hat Erweiterungskommissar Štefan Füle in Brüssel eine internationale Geberkonferenz für Bosnien und Herzegowina und Serbien eröffnet. Unter dem Motto „Gemeinsamer Wiederaufbau“ wollte die Kommission zusammen mit Frankreich und Slowenien Geld für den Wiederaufbau in den von schweren Überschwemmungen betroffenen Balkanländern sammeln. Die Geberkonferenz hat Finanzierungszusagen von knapp 2 Mrd. Euro erbracht. Zum Wiederaufbau nach der Flutkatastrophe in diesem Frühjahr werden Bosnien und Herzegowina 809 Mio. Euro und Serbien 995 Mio. Euro in Aussicht gestellt. Weitere 41 Mio. Euro sollen über Querfinanzierungen aufgebracht werden.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12566_de.htm

http://ec.europa.eu/enlargement/news_corner/floods/index_en.htm

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/fule/docs/speeches/20140716_conclusions.pdf

b) Außenhandel

1. Abgeordnete verlangen mehr Transparenz bei EU-US-Handelsgesprächen

Abgeordnete aller Fraktionen des Europäischen Parlaments forderten am 15.07., dass die Bürger besser über den Ablauf der Verhandlungen mit den USA über die geplante transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) informiert werden sollen. Die Mitglieder der größten Fraktionen hoben die Vorteile des Abkommens hervor. Kritik kam vor allem von Grünen, Linken und EU-Gegnern. Handelskommissar Karel De Gucht versicherte, dass es bei den Gesprächen nicht darum gehe, EU-Standards in wichtigen Bereichen zu senken, sondern den Bürokratieaufwand zu verringern. Er versprach, dass die Kommission die Verhandlungen "transparenter" machen wird, indem sie beim Rat weiter darauf besteht, die Verhandlungsrichtlinien öffentlich zu machen. Die Kommission hat am 11.07. über die Beratungsgegenstände informiert.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140711IPR52249/html/Abgeordnete-verlangen-mehr-Transparenz-bei-EU-US-Handelsgespr%C3%A4chen>

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20140711IPR52249/20140711IPR52249_en.pdf

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/july/tradoc_152666.pdf (Information der Kommission)

2. Leistungsbilanzüberschuss der EU28 im ersten Quartal 2014

Die EU28 verzeichnete im ersten Quartal 2014 einen saisonbereinigten Leistungsbilanzüberschuss von 25,4 Mrd. Euro (0,8% des BIP), ein Rückgang gegenüber einem Überschuss von 32,7 Mrd. (1,0% des BIP) im vierten Quartal 2013 und einem Überschuss von 32,9 Mrd. (1,0% des BIP) im ersten Quartal 2013, laut einer zweiten Schätzung von Eurostat. Im ersten Quartal 2014 verringerte sich der Überschuss der Warenbilanz auf Grundlage saisonbereinigter Daten für die EU28 im Vergleich zum vierten Quartal 2013 (von +7,7 Mrd. Euro auf +1,8 Mrd.), während der Überschuss der Dienstleistungsbilanz anstieg (von +43,5 Mrd. auf +45,9 Mrd.). Der Überschuss der Erwerbs- und Vermögenseinkommensbilanz verwandelte sich in ein Defizit (von +1,9 Mrd. auf -1,8 Mrd.) und das Defizit der Bilanz der laufenden Übertragungen erhöhte sich leicht (von -20,3 Mrd. auf -20,5 Mrd.).

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/2-18072014-AP/DE/2-18072014-AP-DE.PDF

3. Überschuss des Euroraums im internationalen Warenverkehr im Mai

Nach ersten Schätzungen ergab sich für den Euroraum (ER18) im Mai 2014 ein Überschuss von 15,4 Milliarden Euro im Warenverkehr mit der restlichen Welt, gegenüber +14,6 Mrd. im Mai 2013. Im April 2014 hatte der Saldo ebenfalls +15,4 Mrd.

betragen, gegenüber +14,2 Mrd. im April 2013. Im Mai 2014 gegenüber April 2014 erhöhten sich die Ausfuhren (saisonbereinigt) um 0,6% und die Einfuhren um 0,5%. Diese Daten werden von Eurostat veröffentlicht. Die EU28 wies nach ersten Schätzungen im Mai 2014 einen Überschuss von 0,6 Mrd. Euro im Warenverkehr mit der übrigen Welt auf, gegenüber +15,0 Mrd. im Mai 2013. Im April 2014 hatte der Saldo +1,0 Mrd. betragen, gegenüber +8,6 Mrd. im April 2013. Im Mai 2014 gegenüber April 2014 stiegen die Ausfuhren (saisonbereinigt) um 0,5% und die Einfuhren um 1,4% http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/6-16072014-AP/DE/6-16072014-AP-DE.PDF

c) Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe

1. Treuhandfonds für Zentralafrikanische Republik

Die EU wird in Kürze ihren ersten von mehreren Gebern finanzierten Treuhandfonds für Entwicklung zur Unterstützung der Zentralafrikanischen Republik auflegen. Der zunächst mit 64 Mio. EUR ausgestattete Fonds bildet ein koordiniertes internationales Instrument zur Unterstützung der Bevölkerung und zur Stabilisierung des Landes. Dieser Betrag wird zusätzlich zu den Mitteln bereitgestellt, die die Kommission im Bereich der humanitären Hilfe für die Zentralafrikanische Republik seit Dezember 2012 (84,5 Mio. EUR) beigesteuert hat.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-829_de.htm

2. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und Fidschi

Die Regierung von Fidschi informierte am 17.07. die EU über ihre Entscheidung, das pazifische Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen anzuwenden.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-852_en.htm?locale=en

3. Aufhebung von Importverbot für Rohdiamanten aus Elfenbeinküste

Der Rat beschloss am 14.07. eine Aufhebung des Importverbotes für Rohdiamanten aus der Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/143934.pdf

4. Aufhebung der Sanktionen gegen Guinea-Bissau

Der Rat hob am 14.07. die Sanktionen gegen Guinea-Bissau auf. Die Sanktionen sind im Juli 2011 im Gefolge des Staatsstreichs vom April 2010 eingeführt worden. Die Aufhebung trägt der Durchführung von freien Wahlen Rechnung.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/143927.pdf

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit, Soziales, Chancengleichheit

1. EU soll 5,3 Millionen jungen Menschen helfen, gute Jobs zu finden

In einer am 17.07. verabschiedeten Entschließung hat das Europäische Parlament stärkere Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gefordert, einschließlich gemeinsamer Mindeststandards für Ausbildungsstellen und angemessene Löhne. EU-Mittel für beschäftigungsrelevante Programme sollten in Zukunft erhöht

werden, so die Abgeordneten in der Entschließung, die mit 502 gegen 112 Stimmen angenommen wurde, bei 22 Enthaltungen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140714IPR52340/html/EU-soll-53-Millionen-jungen-Arbeitslosen-helfen-gute-Jobs-zu-finden>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2014-0010+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Europäisches Parlament gegen Zurückziehen der Mutterschutzrichtlinie

Im Oktober 2010 stimmte das Europaparlament dafür, den Mutterschaftsurlaub in der EU auf mindestens 20 bezahlte Wochen festzulegen. Vier Jahre später wird diese Richtlinie immer noch von den EU-Staats- und Regierungschefs blockiert. Die Kommission möchte den Vorschlag nun zurückziehen. Die EU-Abgeordneten drängten am 15.07. den Ministerrat, die Gespräche wiederaufzunehmen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140714STO52337/html/Interview-mit-Iratxe-Garc%C3%ADa-P%C3%A9rez-zum-Mutterschaftsurlaub>

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140711IPR52239/html/Council-urged-to-resume-talks-on-maternity-leave-directive>

3. Französische Pensionsregelung diskriminiert Männer

Der Europäische Gerichtshof entschied, anders als von Generalanwalt Niilo Jääskinen vorgeschlagen, dass die französische Regelung über bestimmte Vorteile von Beamten hinsichtlich des Ruhestands zu einer mittelbaren Diskriminierung aufgrund des Geschlechts führt. Diese Ungleichbehandlung, die auf einer Bedingung beruht, die Beamtinnen wegen des obligatorischen Mutterschaftsurlaubs stets erfüllen, erscheint nicht gerechtfertigt, weil die zugrunde liegende Regelung dem Bestreben, das legitime sozialpolitische Ziel zu erreichen, auf das sich Frankreich im vorliegenden Fall beruft, offenbar nicht tatsächlich entspricht und die Regelung auch nicht in kohärenter und systematischer Weise mit Blick darauf durchgeführt worden ist.

Nach französischem Recht haben Pensionsberechtigte, die mindestens drei Kinder erzogen haben, einen Anspruch auf ihre Pension bereits vor Erreichen des gesetzlichen Ruhestandsalters, sofern sie insbesondere ihre Berufstätigkeit für jedes Kind für einen zusammenhängenden Zeitraum von mindestens zwei Monaten unterbrochen haben. Männliche Arbeitnehmer werden bei der Altersversorgung dadurch diskriminiert, dass weibliche Arbeitnehmer wegen des obligatorischen Mutterschaftsurlaubs regelmäßig eine gesetzliche Voraussetzung betreffend die Unterbrechung der Berufstätigkeit erfüllen.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-07/cp140102de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=155113&pageIndex=0&doclang=EN&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=133458>

4. Altersgrenze von 30 Jahren für Ortspolizei unionsrechtswidrig

Nach Ansicht von Generalanwalt Paolo Mengozzi verstößt es gegen Unionsrecht, dass in Auswahlverfahren für eine Stelle bei der örtlichen Polizei ein Höchstalter von 30 Jahren gilt. Der Generalanwalt betont die Unterschiede zwischen den Aufgaben von Beamten der örtlichen Polizei und den spezielleren Aufgaben von Feuerwehrleuten. Im Ausgangsfall geht es um ein Gesetz der Autonomen Gemeinschaft des Fürstentums Asturien (Spanien), welches das Höchstalter in Auswahlverfahren für eine Beschäftigung bei der örtlichen Polizei auf 30 Jahre festlegt.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-07/cp140100de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=155162&pageIndex=0&doclang=FR&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=137973>

5. Befristete Arbeitsverträge für italienische Lehrer unionsrechtswidrig

Nach Auffassung von Generalanwalt Maciej Szpunar ist die italienische Regelung über befristete Arbeitsverträge im Schulbereich unionsrechtswidrig. Die meisten Stellen hätten sich für unbefristete Verträge geeignet. Die italienischen Rechtsvorschriften enthalten eine Regelung über die Vertretung von Lehrkräften im öffentlichen Schulwesen, die auf nach Dienstalter gestaffelten Eignungslisten basiert. Nach dem Rang auf diesen Listen können Vertretungskräften freie Planstellen zugewiesen werden. Von 1999 bis 2011 fanden jedoch keine Auswahlverfahren zur Einstellung von festen Lehrkräften im öffentlichen Schulwesen statt.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-07/cp140101de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=155122&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=137233>

6. Schwere Adipositas kann unter Begriff „Behinderung“ fallen

Nach Auffassung von Generalanwalt Niilo Jääskinen kann morbid Adipositas eine „Behinderung“ im Sinne der Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf darstellen. Zwar gebe es keinen allgemeinen Grundsatz des Unionsrechts, der Diskriminierungen wegen eines eigenständigen Diskriminierungsgrunds der Adipositas verbietet, doch könne morbid Adipositas unter den Begriff „Behinderung“ fallen, wenn sie so gravierend ist, dass sie ein Hindernis für die volle, mit anderen Arbeitnehmern gleichberechtigte Teilhabe am Berufsleben darstellt.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-07/cp140112de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=155125&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=118597>

b) Gesundheit

1. Homosexualität kein Ausschlussgrund für Blutspenden

Nach Auffassung von Generalanwalt Paolo Mengozzi ist eine sexuelle Beziehung zwischen zwei Männern für sich allein kein Verhalten, das einen dauerhaften Ausschluss vom Blutspenden rechtfertigen würde. Ein solcher Ausschluss könne allerdings im Hinblick auf das Ziel des Schutzes der öffentlichen Gesundheit gerechtfertigt sein, wenn er nicht über das erforderliche Maß hinausgeht.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-07/cp140111de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=155166&pageIndex=0&doclang=FR&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=119875>

2. Unbefruchtete menschliche Eizellen werden keine Embryos

Nach Ansicht von Generalanwalt Pedro Cruz Villalón kann eine Eizelle, die ohne Befruchtung zur Weiterentwicklung angeregt worden ist und die nicht fähig ist, sich zu einem Menschen zu entwickeln, nicht als menschlicher Embryo angesehen werden. Werde diese Eizelle jedoch genetisch in einer Weise manipuliert, dass sie sich zu einem Menschen entwickeln kann, müsse sie als menschlicher Embryo angesehen und als solcher von der Patentierbarkeit ausgeschlossen werden.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-07/cp140109de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=155123&pageIndex=0&doclang=EN&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=125014>

IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei

a) Ernährung

1. Mitteilung zu unlauteren Handelspraktiken im Lebensmittelbereich

Die Kommission hat am 15.07. eine Mitteilung angenommen, in der sie die Mitgliedstaaten ermutigt, nach Wegen zu suchen, um kleine Lebensmittelerzeuger und Einzelhändler besser vor unlauteren Praktiken ihrer mitunter deutlich stärkeren Handelspartner zu schützen. Die Mitteilung sieht keine Regulierungsmaßnahmen auf EU-Ebene vor, sondern fordert die Mitgliedstaaten auf, unter Berücksichtigung ihrer nationalen Gegebenheiten angemessene Vorkehrungen gegen unlautere Praktiken zu treffen. So sollten sich die Mitgliedstaaten an europaweite Standards für empfehlenswerte Verfahren halten. Hierzu hat die Kommission im Juli 2010 ein hochrangiges Forum für die Verbesserung der Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette eingerichtet.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-831_de.htm

http://ec.europa.eu/internal_market/retail/docs/140715-communication_de.pdf

2. Studie beschreibt erstmals Programme zur Schulverpflegung in der EU

Im Rahmen der Anstrengungen der Kommission, Adipositas bei Kindern zu reduzieren, veröffentlichte die Gemeinsame Forschungsstelle (JRC) der Kommission den ersten umfassenden Bericht über Programme zur Schulverpflegung in Europa. Er zeigt, dass die europäischen Staaten den wesentlichen Einfluss erkennen, den die Schulverpflegung auf Gesundheit, Entwicklung und schulische Leistung der Kinder hat, und entsprechend handeln. Sämtliche untersuchte Staaten (die EU-28 sowie Norwegen und die Schweiz) haben Leitlinien für die Schulverpflegung, wenngleich diese beträchtlich voneinander abweichen. Die staatlichen Maßnahmen reichen von Empfehlungen auf freiwilliger Basis bis hin zu völligen Verboten, die unter anderem Werbung, Verkaufsautomaten und zuckerhaltige Getränke betreffen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-834_de.htm

<https://ec.europa.eu/jrc/en/publication/eur-scientific-and-technical-research-reports/mapping-national-school-food-policies-across-eu28-plus-norway-and-switzerland>

b) Landwirtschaft

1. Divergenzen im Rat bei Vorschlag zu ökologisch/biologischer Erzeugung

Der Rat für Landwirtschaft führte am 14.07. eine Orientierungsaussprache zum Verordnungsvorschlag über die ökologisch/biologische Erzeugung und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen (EU-Ökoverordnung). Der Vorschlag der Kommission, die bisherigen Ausnahmeregelungen generell abzuschaffen fand keine Zustimmung. Begrüßt wurde die Vereinfachung und Harmonisierung der Vorschriften für die ökologisch/biologische Erzeugung. Umstritten war das künftige Kontrollsystem. Ein Teil der Mitgliedstaaten sprach sich für einen risikobasierten Ansatz aus, während ein anderer für die Beibehaltung des bisherigen Systems der Regelkontrolle plädiert. Zahlreiche Mitgliedstaaten waren gegen Ermächtigungen der Kommission für delegierte Rechtsakte.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/143934.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=EN&f=ST%2017375%202013%20INIT>

2. Keine Mehrheit im Rat für Entschließung zum Milchmarkt

Der von Deutschland, Österreich und den Niederlanden eingebrachte Entschließungsentwurf zu einer „sanften Landung“ und der Anpassung des Fettkorrekturkoeffizienten im letzten Quotenjahr fand am 14.07. im Rat für Landwirtschaft keine Mehrheit. http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/143934.pdf

3. Kommission gegen Internetadressen wie .food, .organic, vin und .wine

Im Rat für Landwirtschaft sprach sich Kommissar Dacian Cioloş am 14.07. gegen die Vergabe von Internetadressen durch ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers) die auf Bezeichnungen wie food, organic, vin oder wine enden aus". Diese könnten den Schutz geografischer Herkunftsangaben nicht garantieren und gefährdeten somit den Verbraucherschutz. Die Kommission werde darüber mit ICANN weitere Gespräche führen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/143934.pdf

4. Kommission und EIB kooperieren bei Agrarentwicklung

Kommissar Dacian Cioloş und der Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank (EIB), Wilhelm Molterer, unterzeichneten am 14.07. ein Abkommen (memorandum of understanding) über die Zusammenarbeit bei Maßnahmen im Bereichen Landwirtschaft und ländliche Entwicklung in den Jahren 2014-2020. Dies ist das erste derartige Abkommen im Bereich Landwirtschaft. Ziel ist der wirksamere Einsatz von Finanzmitteln.

http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-14-225_en.htm?locale=en

5. Bericht über Getreideanbau 2013

Die Kommission veröffentlichte am 15.07. den „[EU cereal farms report 2013](#)“. Danach war die Anbauperiode 2010/2012 für Getreidebauern günstig. Der Bericht stützt sich auf das „[Farm Accountancy Data Network](#) (FADN)“.

http://ec.europa.eu/agriculture/rica/pdf/cereal_report_2013_final.pdf

<http://ec.europa.eu/agriculture/rica/index.cfm>

6. EU erhebt Zölle auf Mais, Sorghum und Roggen

Die Kommission gab am 16.07. bekannt, dass von diesem Tag an die Importe von Mais, Sorghum und Roggen mit 5,32 € pro t belegt würden. Die Kommission begründete die Entscheidung mit Rekordernten für Mais in den USA und entsprechend niedrigen Weltmarktpreisen. Der Prognose des Internationalen Getreiderats zufolge werde die Weltproduktion für Mais im Jahr 2014 bei 963 Mio. t liegen. Dies könne zum Ende des Wirtschaftsjahres 2014/2015 zu einer Erhöhung der weltweiten Lagerbestände um 13 Mio. t auf 180 Mio. t führen. Die Weltmarktpreise für Mais seien stark gefallen und hätten am 01.7. 203 \$ pro t FOB (free on board) U.S. Gulf betragen. Vor einem Jahr seien es noch 304 \$ pro t (01.07.13) gewesen. So tief seien die Preise seit August 2010 nicht mehr gefallen.

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-488_de.htm

7. Ausgewogenere Gruppen für den zivilen Dialog in Agrarfragen

Die Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (GD AGRI) der Kommission hat am 18.07. die Überprüfung der Zusammensetzung der Gruppen für den zivilen Dialog abgeschlossen, die unter die Gemeinsame Agrarpolitik fallende Berei-

che wie Umweltschutz und Klimawandel, tierische Erzeugnisse, ökologischer Landbau, Wälder oder Qualität und Absatzförderung abdecken.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-846_de.htm

8. Rückforderung von Beihilfen für Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz

Mit Beschluss vom 25. April 2012 stellte die Kommission fest, dass die öffentlichen Zuwendungen für den Zweckverband Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz nicht mit den EU-Beihilfevorschriften vereinbar sind. Sie forderte Deutschland daher auf, Beihilfen von rund 30 Mio. Euro vom Begünstigten zurückzufordern. Das Europäische Gericht wies am 16.07. die Klagen der Bundesrepublik und des Zweckverbands gegen diesen Beschluss zurück. Hiergegen kann innerhalb von zwei Monaten ein auf Rechtsfragen beschränktes Rechtsmittel beim Europäischen Gerichtshof eingelegt werden.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=155069&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=139438>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=155071&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=139644>

c) Fischerei

1. Kontroverse Aussprache über Fangmöglichkeiten 2015

Der Rat für Fischerei führte am 14.07. eine Aussprache über die Mitteilung der Kommission zu den Fangmöglichkeiten 2015 im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik. Die meisten Mitgliedstaaten anerkannten die globale Erholung der Fischbestände, aber auch die wissenschaftlichen Nachweise für Überfischung im Mittelmeer. Einige Mitgliedstaaten sprachen sich für die Einführung maximaler nachhaltiger Erträge bis 2020 aus, während andere auf dem Jahr 2015 beharrten. Zahlreiche Mitgliedstaaten baten um Klärung der Folgen der Anlandeverpflichtung für alle Fänge.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/143934.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2011288%202014%20INIT>

2. Fischereiabkommen zwischen EU und Marokko in Kraft

Die Kommission begrüßt die Ratifizierung eines Fischereiprotokolls durch Marokko, welches europäischen Schiffen nach einer Pause von mehr als zwei Jahren wieder Zugang zu marokkanischen Gewässern ermöglicht. Die EU und Marokko hatten im Dezember 2013 ein Fischereiabkommen mit einer Laufzeit von vier Jahren geschlossen, das allerdings noch nicht in Kraft getreten war, da die Ratifizierung durch Marokko noch ausstand. Das Protokoll ist das zweitwichtigste seiner Art und gehört zu einer neuen Generation von Fischereiabkommen nach der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik der EU, wobei die Schwerpunkte klar auf ökologischer Nachhaltigkeit, wirtschaftlicher Rentabilität und internationaler Rechtmäßigkeit liegen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-836_de.htm

http://ec.europa.eu/fisheries/cfp/international/agreements/index_de.htm

V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt und Verbraucherschutz

1. Neue Ausgabe des Binnenmarktanzeigers berichtet von Fortschritten

Die Kommission veröffentlichte am 17.07. ihren neuen Binnenmarktanzeiger. Dieser zeigt auf, dass die Mitgliedstaaten seit letztem Sommer Hindernisse für den europäischen Binnenmarkt abbauen. Dazu zählen die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Richtlinien, Vertragsverletzungsverfahren, Netze für die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden sowie verschiedene Informations- und Problemlösungsdienste. Je nach Leistung in den genannten Bereichen hat die Kommission rote, gelbe und grüne „Karten“ vergeben. Von den 11 EU-Mitgliedstaaten, die in allen überwachten Bereichen über dem EU-Durchschnitt lagen, erzielten Estland (8 „grüne Karten“) und Finnland (7 „grüne Karten“) das beste Ergebnis. 31 Mal lag die Leistung der Mitgliedstaaten unter dem Durchschnitt, was zu den entsprechenden „roten Karten“ führte.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-844_de.htm

http://ec.europa.eu/internal_market/scoreboard/

2. Konsultation zum Schutz geografischer Angaben im Non-Food-Bereich

Die Kommission hat am 15.07. mit einem Grünbuch eine Debatte zur Erweiterung geographisch geschützter Produkte auf den Non-Food Bereich gestartet. Sie ruft alle Interessengruppen auf, bis 28.10. ihre Vorschläge und Ideen zu einer geografischen Qualitätskennzeichnung für Nicht-Lebensmittelartikel einzureichen. Bisher gebe es auf EU-Ebene noch keine harmonisierten Schutzvorschriften für nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse. Vielmehr fänden einzelstaatliche Rechtsinstrumente Anwendung. Erzeuger von nichtlandwirtschaftlichen Erzeugnissen, die den Schutz einer geografischen Angabe auf der Ebene der gesamten EU erwirken möchten, müssten ihn in jenen Mitgliedstaaten einzeln beantragen, wo ein solcher Schutz gewährt wird, oder sich mit rechtlichen Mitteln gegen Missbräuche wehren.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-832_de.htm

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2014/geo-indications-non-agri/docs/consultation-document_de.pdf

b) Steuern

Expertengruppe für Informationsaustausch über Finanzkonten

Die Kommission hat am 10.07. eine Aufforderung zur Einreichung von Bewerbungen für die neue Expertengruppe für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten für die Zwecke der direkten Steuern veröffentlicht. Frist zur Abgabe von Bewerbungen ist der 08.08. Das Mandat der Gruppe beginnt am 01.09. und endet am 30.06.2017. Die Tätigkeit betrifft auch die Abstimmung der bestehenden EU-Rechtsvorschriften zum automatischen Informationsaustausch mit dem weltweiten OECD-Standard für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/tax_cooperation/mutual_assistance/financial_account_information/index_de.htm

c) Wettbewerbsrecht

Fusionen

1. Weichai Power (China) übernimmt Kion Group AG (Wiesbaden)

Die Kommission billigte am 16.07. die Übernahme des deutschen Technikkonzerns Kion Group durch die chinesische Weichai Power Co. Ltd. Kion ist ein Anbieter von Gabelstaplern, Lagertechnikgeräten und anderen Flurförderzeugen der Marken STILL, Linde, Fenwick, OM-STILL, Baoli und Valtos.

http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_7169

2. Gemeinschaftsunternehmen von Russian Machines und Fritzmeier (DE)

Die Kommission billigte am 15.07. die Bildung reines Gemeinschaftsunternehmens durch das russische Unternehmen Russian Machines RM (im Besitz von Basic Element, ebenfalls aus Russland) und der deutschen Fritzmeier Auslandsholding GmbH & Co. KG. Unternehmenszweck des Gemeinschaftsunternehmens ist der Bau von Kabinen für die Fahrzeugindustrie in Russland und eventuell Staaten der früheren Sowjetunion.

http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_7271

3. Goldman Sachs und Koch Industries übernehmen Flint Group GmbH (DE)

Die Kommission billigte am 15.07. die Übernahme des deutschen Druckfarbenherstellers Flint Group GmbH durch die amerikanischen Unternehmen The Goldman Sachs Group, Inc. und Koch Industries, Inc.

http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_7255

4. Übernahme von Rautaruukki durch Konkurrenten SSAB unter Auflagen

Die Kommission hat die geplante Übernahme von Rautaruukki („Ruukki“, Finnland) durch seinen Konkurrenten SSAB aus Schweden genehmigt. Beide Unternehmen produzieren und vertreiben Kohlenstoffstahl- und Stahlbauprodukte. Die Genehmigung ist an die Bedingung geknüpft, dass fünf Unternehmen in Finnland, Schweden und Norwegen veräußert werden.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-833_de.htm

Beihilfen

1. Zusätzliche Liquidierungshilfe für litauische Bank Ukio bankas

Die Kommission billigte am 17.07. die Gewährung von LTL 128,5 Millionen (etwa €37 Millionen) zusätzlicher Hilfe für die Siauliai bank im Zusammenhang mit der Abwicklung der Ukio bankas.

http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=3_SA_38664

2. Verlängerung der irischen Beihilfen für Kreditgenossenschaften

Die Kommission billigte am 17.07. eine Verlängerung der irischen Regelung für die Auflösung von notleidenden Kreditgenossenschaften bis 31.12.2014. Die Regelung ist ursprünglich am 20.12.2011 genehmigt worden.

http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=3_SA_38985

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Konsultation zur neuen makroregionalen EU-Strategie für den Alpenraum

Die Kommission hat am 16.07. eine öffentliche Konsultation zur jüngsten makroregionalen Strategie der EU eingeleitet, die im Jahr 2015 umgesetzt werden soll. Die EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) umfasst ein Gebiet mit rund 70 Millionen Menschen in 7 Ländern – 5 EU-Mitgliedstaaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und Slowenien) sowie Liechtenstein und die Schweiz – bzw. 48 Regionen. Die Strategie soll eine nachhaltige Entwicklung fördern, aber auch das Natur- und Kulturerbe im Alpenraum bewahren. Wichtig seien auch gute Verkehrsanbindungen. Die Kommission ruft alle beteiligten Interessensgruppen auf, ihre Ideen und Vorschläge für die künftige Gestaltung der Alpenraumstrategie einzubringen. Stellungnahmen können bis 15. 10. eingereicht werden.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-838_de.htm

http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/eusalp/index_en.cfm

2. Konsultation zu den Städten der Zukunft

Johannes Hahn, EU-Kommissar für Regionalpolitik, startet am 22.07. eine öffentliche Konsultation, um von den Bürgern Europas ihre Ideen zur Stadtentwicklung der Zukunft zu erfragen. Im Jahr 2050 werden wahrscheinlich 80 Prozent der EU-Bürger in städtischen Regionen wohnen. Eine künftige „Urban Agenda“ der EU sollte die Entwicklung der Städte in Bereichen wie Verkehr, Energie und Umweltschutz besser miteinander verzahnen. Im Rahmen der Konsultation sollen die Städte selbst mehr in die Entwicklung von EU-Stadtentwicklungspolitik einbezogen werden.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/terminvorschau_de.htm

3. Industrieproduktion im Euroraum und in der EU28 im Mai um 1,1% gefallen

Im Mai 2014 verringerte sich die saisonbereinigte Industrieproduktion gegenüber April 2014 sowohl im **Euroraum** (ER18) als auch in der **EU28** um 1,1%, laut Schätzungen von **Eurostat**. Im April 2014 hatte sich die Industrieproduktion in beiden Gebieten um 0,7% erhöht. Im Mai 2014 stieg die Industrieproduktion gegenüber Mai 2013 im **Euroraum** um 0,5% und in der **EU28** um 1,1%.

http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-14-109_de.htm

4. Produktion im Baugewerbe im Euroraum im Mai um 1,5% gefallen

Im Mai 2014 fiel die saisonbereinigte Produktion im Baugewerbe gegenüber April 2014 im **Euroraum** (ER18) um 1,5% und in der **EU28** um 1,6%, laut ersten Schätzungen von **Eurostat**. Im April 2014 war die Produktion im Baugewerbe um 0,4% bzw. 0,3% gestiegen. Im Mai 2014 erhöhte sich die Produktion im Baugewerbe gegenüber Mai 2013 im **Euroraum** um 3,5% und in der **EU28** um 3,2%.

http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-14-113_de.htm

5. Indikatoren zur wirtschaftlichen Globalisierung

Die Globalisierung der Weltwirtschaft schafft neue Anforderungen an Statistiken. Daher veröffentlichte **Eurostat** am 15.07. eine Sammlung von [Indikatoren zur wirtschaftlichen Globalisierung](#). Diese bestimmen fünf Aspekte der wirtschaftlichen Globalisierung: internationaler Handel, ausländische Direktinvestitionen (DI), Beschäfti-

gung und Wertschöpfung von multinationalen Unternehmen sowie Internationalisierung der Technologie. Insgesamt werden in diesem Zusammenhang zwölf Indikatoren hinzugezogen.

http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-14-110_de.htm

b) Währung und Finanzen

Wirtschaftliche, monetäre und finanzielle Lage

1. Rückgang des Euro an den weltweiten Devisenreserven

Die Europäische Zentralbank (EZB) veröffentlichte am 16.07. ihren Bericht über die internationale Rolle des Euro im Jahr 2013. Der Anteil der Gemeinschaftswährung an den weltweiten Devisenreserven sank 2013 (zu konstanten Wechselkursen) um 0,9 Prozentpunkte auf 24,4 %. Dessen ungeachtet stellte der Euro (nach dem US-Dollar) als zweitwichtigste internationale Reservewährung auch weiterhin ein Wertaufbewahrungsmittel für ausländische Zentralbanken dar. Was die internationalen Anleihemärkte anbelangt, so verringerte sich der Anteil des Euro als globale Finanzierungswährung bei konstanten Wechselkursen um 1,4 Prozentpunkte auf 25,3 %. In diesem Marktsegment nahm sein Anteil im Gleichschritt mit dem japanischen Yen und den „anderen“ Währungen ab.

http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/EZB_Pressemitteilungen/2014/2014_07_16_kehrtwende_verwendung_euro.pdf?__blob=publicationFile

2. Europäisches Parlament stimmt Einführung des Euro in Litauen zu

In einer am 16.07. verabschiedeten Entschließung empfiehlt das Europäische Parlament die Einführung des Euro in Litauen am 1. Januar 2015. Es schließt sich damit den Empfehlungen des Rates vom EU-Gipfel im Juni sowie denen der Europäischen Kommission an. Der Rat wird voraussichtlich am 23.07. endgültig zustimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140711IPR52246/html/Europ%C3%A4isches-Parlament-stimmt-Einf%C3%BChrung-des-Euro-in-Litauen-zu>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2014-0004+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Finanzstabilität und Aufsichtsfragen

1. Banken erfahren kurz vor Märkten Ergebnisse der umfassenden Bewertung

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 17.07. das Verfahren für die Interaktion mit den Banken und die Veröffentlichung der Ergebnisse der laufenden umfassenden Bewertung von 128 Banken (Bilanzcheck und Stresstests) bekannt gegeben. Die Ergebnisse werden in der zweiten Oktoberhälfte veröffentlicht. Erst kurz bevor die Märkte informiert werden, erhalten die Banken Kenntnis von den vollständigen und endgültigen Resultaten. Im Vorfeld dieser abschließenden Veröffentlichung werden die EZB und die nationalen Aufsichtsbehörden vorläufige Resultate mit einzelnen Banken erörtern. Im November werden die Banken der gemeinsamen Aufsichtsbehörde (SSM) ihre Kapitalpläne vorlegen, die daraufhin von gemeinsamen Aufsichtsteams des SSM aus Bankenaufsehern der EZB und der NCAs bewertet werden.

http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/EZB_Pressemitteilungen/2014/2014_07_17_ergebnisse_umfassende_bewertung.pdf?__blob=publicationFile

2. Lieferung der aufsichtlichen Daten an die EZB

Am 2. Juli 2014 erließ der EZB-Rat den Beschluss EZB/2014/29 über die Lieferung der aufsichtlichen Daten an die Europäische Zentralbank, die von den beaufsichtigten Unternehmen gemäß der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 680/2014 der Kommission den nationalen zuständigen Behörden gemeldet werden. Der Beschluss wird im Amtsblatt der Europäischen Union und auf der Website der EZB veröffentlicht.

<http://www.ecb.europa.eu/press/govcdec/otherdec/2014/html/gc140718.de.html>

3. Formblätter für die umfassende Bewertung

Am 16. Juli 2014 billigte der EZB-Rat die Formblätter, die für die Veröffentlichung der Ergebnisse der einzelnen Banken nach Abschluss der umfassenden Bewertung verwendet werden.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2014/html/pr140717.en.html>

4. EBA: Leitlinien zu Berichten über Vergütungspraxis

Nach Art. 75 Abs. 3 der Eigenkapitalrichtlinie (CRD IV) erheben die zuständigen Behörden Angaben dazu, wie viele natürliche Personen in den einzelnen Instituten eine Vergütung von 1 Mio. EUR oder mehr pro Geschäftsjahr - aufgeschlüsselt nach Vergütungsstufen von 1 Mio. EUR - beziehen, und erfassen dabei auch deren Aufgabenbereiche, den betreffenden Geschäftsbereich und die wesentlichen Gehaltsbestandteile sowie Bonuszahlungen, langfristige Prämienzahlungen und Altersvorsorgebeiträge. Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlichte hierzu am 16.07. revidierte Leitlinien, um die Anwendung dieses Absatzes zu erleichtern und die Kohärenz der erhobenen Daten sicherzustellen.

<http://www.eba.europa.eu/-/eba-publishes-revised-guidelines-on-high-earners-data-collection-and-remuneration-benchmarking>

5. EBA: Neue Validierungsregeln für Aufsichtsberichte

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlichte am 17.07. eine revidierte Liste von Validierungsregeln in ihren Technischen Durchführungsstandards zu aufsichtlichen Berichten. Diese Liste trägt der Deaktivierung von Regeln wegen Unkorrektheit oder wegen IT-Problemen Rechnung.

<http://www.eba.europa.eu/-/eba-issues-revised-list-of-its-validation-rul-1>

6. EBA: Standards und Leitlinien für Sanierungspläne

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) unterbreitete am 18.07. den Entwurf von zwei technischen Regulierungsstandards zu Sanierungsplänen. Diese betreffen zum einen die Mindestkriterien für die Bewertung durch die zuständige Behörde und zum anderen die für einen Sanierungsplan erforderlichen Angaben. Außerdem legte die EBA Leitlinien zur Bandbreite an Szenarien für Sanierungsoptionen vor.

<http://www.eba.europa.eu/-/eba-publishes-final-draft-technical-standards-and-guidelines-on-recovery-plans>

7. EBA: Konsultation zu Leitlinien für systemrelevante Institute

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) startete am 18.07. eine bis 18.10. laufende Konsultation zum Entwurf von Leitlinien für Kriterien zur Identifizierung von Instituten, die auf nationaler oder europäischer Ebene systemrelevant sind, die sogenannten „anderen systemrelevanten Institute“ (neben den global systemrelevanten Instituten).

<http://www.eba.europa.eu/-/eba-consults-on-criteria-to-assess-other-systemically-important-institutions-o-siis->

Marktooperationen

1. Akzeptanz kurzfristiger Schuldverschreibungen als Sicherheiten

Der EZB-Rat verabschiedete am 09.07. die Leitlinie EZB/2014/31 über zusätzliche zeitlich befristete Maßnahmen hinsichtlich der Refinanzierungsgeschäfte des Eurosystems und der Notenbankfähigkeit von Sicherheiten und zur Änderung der Leitlinie EZB/2007/9. Durch diese Leitlinie wird die Möglichkeit eröffnet, bestimmte kurzfristige Schuldverschreibungen von nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften, die die Zulassungskriterien des Eurosystems für marktfähige Sicherheiten nicht erfüllen würden, in den Rahmen für zusätzliche Kreditforderungen (Additional Credit Claims – ACC) einzubeziehen, sofern sie eine Reihe festgelegter Kriterien einhalten. Mit der Leitlinie EZB/2014/31 wird zudem dem Umstand Rechnung getragen, dass das EU/IWF-Programm für Portugal am 30. Juni 2014 beendet wurde.

<http://www.ecb.europa.eu/press/govcdec/otherdec/2014/html/gc140718.de.html>
http://www.ecb.europa.eu/ecb/legal/pdf/ecb_2014_31_f_sign..pdf

2. Mindestreserve-Erfüllungsperioden 2015

Am 16. Juli 2014 billigte der EZB-Rat den vorläufigen Kalender für die Mindestreserve-Erfüllungsperioden 2015. Die zwölfte Mindestreserve-Erfüllungsperiode 2014 wird um 14 Tage verlängert und endet am 27. Januar 2015.

http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2014/html/pr140717_1.de.html

3. Mehr Nachfrage nach kurzfristiger EZB-Liquidität

Beim einwöchigen Hauptrefinanzierungsgeschäft hat die EZB 142 Banken 99.9 Mrd. EUR zum Festzinssatz von 0.15% zugeteilt. Das Geschäft mit Fälligkeit am 23.07. wurde am 16.07. valutiert. Der Tender in der Vorwoche belief sich auf 94.2 Mrd. EUR. Die aktualisierte Schätzung der autonomen Faktoren für den Liquiditätsbedarf betrug 484.2 Mrd. EUR. Die daraus resultierende Benchmarkzuteilung beträgt 64.5 Mrd. EUR. Die autonomen Faktoren für den Liquiditätsbedarf sind Posten in der Bilanz des Eurosystems, die normalerweise nicht mit geldpolitischen Geschäften zusammenhängen, aber dennoch die Liquiditätsausstattung der Kreditinstitute beeinflussen. Bei der Benchmarkzuteilung handelt es sich um den Zuteilungsbetrag, der es den Banken erlaubt, ihre Mindestreservepflicht problemlos zu erfüllen.

http://www.ecb.europa.eu/mopo/implement/omo/html/20140148_all.en.html

4. Nachfrage nach kurzfristigem Dollar-Swap-Tender der EZB

Nachdem es 10 Monate lang keine Nachfrage nach dem einwöchigen Tender (7 Tage) gab, hat die EZB am 17.07. einer Bank 75 Mio. USD mit einem Festzinssatz von 0.59% zugeteilt. Das Geschäft wird am 24.07. fällig. Der Devisenkassakurs zum Euro beträgt 1,356 Dollar.

http://www.ecb.europa.eu/mopo/implement/omo/html/20140151_all.en.html

5. Weitere vorzeitige Tilgungen aus Dreijahrestendern der EZB

Zum 23.07. wollen sechs Banken 3.233 Mrd. EUR aus dem im Dezember 2011 begebenen Dreijahrestender zurückzahlen. Damit sind hieraus 358.599 Mrd. EUR zurückgezahlt. Aus dem im Februar 2012 begebenen Dreijahrestender wollen zum sel-

ben Termin zehn Banken 18.275 Mrd. EUR zurückzahlen. Damit sind hieraus 267.024 Mrd. EUR zurückgezahlt. Insgesamt sind damit von etwa einer Billion EUR (wegen Umschichtungen aber netto nur 500 Mrd. EUR) 625.623 Mrd. EUR zurückgezahlt.

<http://www.ecb.europa.eu/mopo/implement/omo/html/index.en.html>

6. EZB: Bestände an Wertpapieren für geldpolitisch Zwecke fast konstant

Die Bestände des Eurosystems an Wertpapieren für geldpolitische Zwecke nahmen um 0,4 Mrd EUR auf 204,8 Mrd EUR ab. Zurückzuführen war dieser Rückgang auf die Tilgung von Wertpapieren, die im Rahmen des ersten und zweiten Programms zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen erworben worden waren. In der Woche zum 11. Juli 2014 betrug somit der Wert des im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte gehaltenen Portfolios 156,3 Mrd EUR, während sich die Portfolios, die im Rahmen der beiden Programme zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen gehalten wurden, auf 34,4 Mrd EUR bzw. 14,1 Mrd EUR beliefen.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/wfs/2014/html/fs140715.de.html>

Statistiken

1. Zahlungsbilanz (Mai) und Auslandsvermögensstatus (erstes Quartal)

Im Mai 2014 wies die saisonbereinigte Leistungsbilanz des **Euro-Währungsgebiets** einen Überschuss von 19,5 Mrd € auf. In der Kapitalbilanz waren bei den Direktinvestitionen und Wertpapieranlagen zusammengenommen Nettokapitalzuflüsse in Höhe von 60 Mrd € (nicht saisonbereinigt) zu verzeichnen. Der Auslandsvermögensstatus des Euroraums wies am Ende des ersten Quartals 2014 Nettoverbindlichkeiten gegenüber der übrigen Welt in Höhe von 1,2 Billionen € aus (rund 12 % des BIP des Eurogebiets). Dies entsprach einer Steigerung um 24 Mrd € gegenüber den revidierten Zahlen für Ende 2013.

http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/EZB_Pressemitteilungen/2014/2014_07_18_zahlungsbilanz.pdf?__blob=publicationFile

2. Statistik über die von monetären Finanzinstituten angewandten Zinssätze

Am 8. Juli 2014 erließ der EZB-Rat die Verordnung EZB/2014/30 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1072/2013 über die Statistik über die von monetären Finanzinstituten angewandten Zinssätze (EZB/2013/34). Durch die Verordnung wird die Reichweite des Begriffs der neu verhandelten Kredite im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1072/2013 an die Leitlinie EZB/2014/15 angepasst.

http://www.ecb.europa.eu/ecb/legal/pdf/oj_jol_2014_205_r_0007_de_txt.pdf

3. Jährliche Inflationsrate im Euroraum im Juni unverändert bei 0,5%

Die jährliche Inflationsrate im **Euroraum** lag im Juni 2014 bei 0,5%, unverändert gegenüber Mai. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,6% betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug 0,1% im Juni 2014. Die jährliche Inflationsrate der **Europäischen Union** lag im Juni 2014 bei 0,7%, gegenüber 0,6% im Mai. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,7% betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug 0,1% im Juni 2014.

http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-14-112_de.htm

Corporate Governance

1. Kalender der Sitzungen des EZB-Rats 2015

Die EZB veröffentlichte am 17.07. den vorläufigen Kalender für r EZB-Ratssitzungen mit Sechs-Wochen-Zyklus der geldpolitischen Sitzungen.

http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2014/html/pr140717_1.de.html

2. Draghi dementiert Rückkehr nach Italien

Bei der Aussprache im Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments trat EZB-Präsident Marion Draghi Spekulationen entgegen, wonach er im Jahr 2015 die Nachfolge von Staatspräsident Giorgio Napolitano (89 Jahre) antreten wolle. Draghi bekräftigte nachdrücklich, dass er sein Amt bei der EZB nicht aufgeben werde. Alle anderslautenden Gerüchte entbehrten jeder Grundlage.

<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/en/committees/video?event=20140714-1900-COMMITTEE-ECON> (Video EP)

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Europäisches Parlament für Strafbarkeit des Verbrechens der Aggression

In der Erwägung, dass die Inkraftsetzung der Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) über das Verbrechen der Aggression einen Beitrag zur Universalität des Römischen Statuts leisten wird, da mehrere Staaten Interesse daran haben könnten, das um die in Kampala beschlossenen Änderungen ergänzte Römische Statut zu ratifizieren, und zwar auch im Hinblick auf das strategische Ziel des jeweiligen Staates, von rechtswidriger Gewaltanwendung gegen ihn abzuschrecken; bekräftigt das EP seine uneingeschränkte Unterstützung für die Arbeit des IStGH, damit die Straffreiheit für die Täter der schwerwiegendsten Verbrechen von Belang für die internationale Gemeinschaft beendet wird; und fordert die EU auf, einen gemeinsamen Standpunkt zu dem Verbrechen der Aggression und den in Kampala beschlossenen Änderungen festzulegen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2014-0013+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Weniger Falschgeld in Europa

Im ersten Halbjahr 2014 wurden 331 000 gefälschte Euro-Banknoten aus dem Verkehr gezogen. Im zweiten Halbjahr 2013 waren es 353 000. Bei 81 % der Fälschungen handelt es sich um 20-€- und 50-€-Banknoten. Die Bundesbank hat im ersten Halbjahr 2014 knapp 25.000 falsche Euro-Banknoten im Nennwert von 1,5 Mio. EUR registriert. Die Zahl der Fälschungen ist damit im Vergleich zum zweiten Halbjahr 2013 um 27 % gestiegen. Im ersten Halbjahr 2014 wurden ferner rund 20.000 falsche Münzen im deutschen Zahlungsverkehr festgestellt. Im zweiten Halbjahr 2013 lag das Aufkommen noch bei rund 24.000 falschen Münzen.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2014/html/pr140718.de.html>

http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/BBK/2014/2014_07_18_falschgeld.html?startpageId=Startseite-DE&startpageArealId=Marginalspalte&startpageLinkName=2014_07_18_falschgeld+178266

3. Mitgliedstaaten müssen mehr zur Betrugsbekämpfung tun

Die Mitgliedstaaten müssen mehr tun, um Betrug zulasten des EU-Haushalts zu verhindern und aufzudecken. Laut dem am 17.07. veröffentlichten Jahresbericht der Kommission über den Schutz der finanziellen Interessen der EU wurde zwar bei weniger als 0,2 Prozent der EU-Ausgaben im Jahr 2013 Betrug festgestellt. Dennoch ist die Kommission der Auffassung, dass auf nationaler Ebene mehr getan werden sollte, um Betrug zu bekämpfen. Daher wird den Mitgliedstaaten im Jahresbericht u. a. empfohlen, ihre Kontrollen zu überprüfen, um sicherzustellen, dass sie risikobasiert und gezielt erfolgen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-835_de.htm

http://ec.europa.eu/anti_fraud/about-us/reports/communities-reports/index_en.htm

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-487_en.htm

4. Keine Abschiebehaft in normalen Haftanstalten

Der Europäische Gerichtshof entschied, wie von Generalanwalt Yves Bot vorgeschlagen, dass ein Mitgliedstaat sich nicht auf das Fehlen spezieller Hafteinrichtungen in einem Teil seines Hoheitsgebiets berufen darf, um abzuschiebende Drittstaatsangehörige in gewöhnlichen Haftanstalten unterzubringen. Dies gelte selbst dann, wenn der betroffene Drittstaatsangehörige in die Unterbringung in einer gewöhnlichen Haftanstalt einwilligt. Der Gerichtshof verwarf damit die deutsche Regelung wonach es den Bundesländern erlaubt ist, abzuschiebende Drittstaatsangehörige in einer gewöhnlichen Haftanstalt in Haft zu nehmen, wenn es im Hoheitsgebiet des zuständigen Bundeslands keine speziellen Hafteinrichtungen gibt. Im Verfahren ging es um Fälle aus Hessen, Bayern und Nordrhein-Westfalen.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-07/cp140105de.pdf>

5. Erwerb des Rechtsanwaltstitels im EU-Ausland

Der Europäische Gerichtshof entschied, wie von Generalanwalt Nils Wahl vorgeschlagen, dass die Möglichkeit der Angehörigen eines Mitgliedstaats der Union, den Mitgliedstaat, in dem sie ihre Berufsbezeichnung erwerben wollen, und den Mitgliedstaat, in dem sie ihren Beruf ausüben möchten, zu wählen, der Ausübung der von den Verträgen gewährleisteten Grundfreiheiten innewohne. In einen Mitgliedstaat zurückzukehren, um dort den Rechtsanwaltsberuf unter der in einem anderen Mitgliedstaat erworbenen Berufsbezeichnung auszuüben, stelle keine missbräuchliche Praktik dar.

In den Ausgangsfällen hatten zwei Italiener in Spanien die die Eintragung als „abogado ejerciente“ durch die Rechtsanwaltskammer von Santa Cruz de Tenerife erlangt und anschließend vergeblich bei der Rechtsanwaltskammer Macerata (Italien) die Eintragung in die Sonderabteilung des Kammerverzeichnisses für Rechtsanwälte, die ihre Qualifikation im Ausland erworben haben, beantragt.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-07/cp140103de.pdf>

b) Inneres

1. Beteiligung der EFTA-Staaten an Außengrenzenfonds

Der Rat ermächtigte am 14.07. die Kommission, mit Norwegen, Island, der Schweiz und Liechtenstein Verhandlungen über eine Beteiligung am Instrument zur finanziellen Unterstützung für Grenzen und Visa als Teil des Fonds für innere Sicherheit in den Jahren 2014-2020 zu führen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/143934.pdf

2. Mindestalter für Ehegattennachzug bei Antragstellung

Der Europäische Gerichtshof entschied, anders als von Generalanwalt Paolo Mengozzi vorgeschlagen, dass bei Drittstaatsangehörigen die Zusammenführung von Ehegatten davon abhängig gemacht werden kann, dass beide zum Zeitpunkt der Antragstellung das 21. Lebensjahr vollendet haben. Der Gerichtshof bestätigte damit die entsprechende österreichische Regelung.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-07/cp140108de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=155102&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=126026>

3. Langfristige Aufenthaltsberechtigung nur bei fünfjährigem Aufenthalt

Der Europäische Gerichtshof entschied, dass sich Drittstaatsangehörige während der letzten fünf Jahre vor Stellung ihres Antrags persönlich ununterbrochen rechtmäßig im Empfangsmitgliedstaat aufgehalten haben müssen, um die unionsrechtlich geregelte Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten erlangen zu können. Die Familienangehörigen eines langfristig Aufenthaltsberechtigten könnten von dieser Voraussetzung nicht befreit werden.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-07/cp140106de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=155106&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=129649>

4. Leichtere Asylgewährung wegen Verfolgung aufgrund Homosexualität

Nach Auffassung von Generalanwältin Eleanor Sharpston wird der Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten bei der Überprüfung der von einem Asylbewerber behaupteten sexuellen Ausrichtung durch die Charta der Grundrechte beschränkt. Obwohl die Mitgliedstaaten die Glaubhaftigkeit solcher Behauptungen überprüfen dürfen, seien bestimmte Prüfungsmethoden wie medizinische oder pseudo-medizinische Untersuchungen, zudringliche Befragungen oder die Anforderung des Nachweises sexueller Aktivitäten mit der Charta der Grundrechte unvereinbar.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-07/cp140110de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=155164&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=124081>

VIII. Umwelt und Verkehr

Griechenland wegen Mülldeponie verurteilt

Der Europäische Gerichtshof entschied, dass Griechenland dadurch gegen das Umweltrecht der Union verstoßen hat, dass es die unkontrollierte Betreibung einer Mülldeponie im nationalen Meerespark von Zakynthos (Zante) nicht untersagt hat. Diese saturierte Deponie beeinträchtigt auch den Lebensraum der Meeresschildkröte „Caretta caretta“.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-07/cp140104de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=155119&pageIndex=0&doclang=FR&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=130293>

IX. Medien und Informationsgesellschaft

1. Empfehlungen für Verbraucherschutz bei Online-Glücksspielen

Die Kommission hat am 14.07. eine Empfehlung über Online-Glücksspiele angenommen. Darin fordert sie die Mitgliedstaaten auf, durch die Annahme von Grundsätzen für Online-Glücksspieldienstleistungen und verantwortungsvolle Werbe- und Sponsoringpraktiken für ein hohes Maß an Schutz für Verbraucher, Spieler und Minderjährige zu sorgen. So sollten die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass Minderjährige keinen Zugang zu Online-Glücksspielen haben. Glücksspieler sollten auch Zugang zu Beratungsstellen haben, die sie im Hinblick auf ihr Spielverhalten unterstützen. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, die Kommission in 18 Monaten über die von ihnen ergriffenen Maßnahmen zu unterrichten. 30 Monate nach der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt (19. 07.) wird die Kommission die Maßnahmen bewerten.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-828_de.htm

http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2014.214.01.0038.01.DEU

http://ec.europa.eu/internal_market/gambling/initiatives/index_en.htm#recommendation

2. Unternehmen erhalten besseren Zugang zu öffentlichen Daten

Öffentliche Stellen verfügen über zahlreiche Informationen wie Wetter-, Verkehrs- und Grundbuchdaten oder Kartenmaterial. Um diese Datensätze besser zur Weiterverwendung zu öffnen, hat die Kommission am 17.07. entsprechende Leitlinien veröffentlicht. Sie sollen den Mitgliedstaaten dabei helfen, die neugefasste Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (PSI-Richtlinie) rechtzeitig bis Juli 2015 in nationales Recht umzusetzen. Darin wird beispielsweise erläutert, wie der Zugang zu Wetter-, Verkehrs- und Grundbuchdaten oder zu Kartenmaterial gewährt werden kann. Offene Daten können als Ausgangsmaterial für innovative wertschöpfende Dienste und Produkte wie Mobil-Apps verwendet werden. http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-840_de.htm

<https://ec.europa.eu/digital-agenda/en/news/commission-notice-guidelines-recommended-standard-licences-datasets-and-charging-re-use>

3. In-App-Käufe: besserer Schutz der Nutzer von Online-Spielen

Nachdem es in den EU-Ländern zahlreiche Beschwerden im Zusammenhang mit In-App-Käufen in Online-Spielen (darunter auch viele versehentliche Käufe durch Kinder) gegeben hatte, haben sich die nationalen Behörden und die Europäische Kommission zusammengetan, um Lösungen zu finden. Die koordinierte Durchsetzungsmaßnahme zu In-App-Käufen in Online-Spielen und in Spielen für mobile Geräte hat echte Fortschritte in Form von greifbaren Ergebnissen erzielt. Die betreffende Branche hat eine Reihe von Zusagen gemacht, um auf die Bedenken der Verbraucher einzugehen. http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-847_de.htm

X. Sonstiges

München: Kommissar Mimica beim Wirtschaftsbeirat Bayern

Verbraucherschutzkommissar Neven Mimica hält am **21.07.** beim Wirtschaftsbeirat Bayern eine Rede zu den Perspektiven der Europäischen Verbraucherpolitik. Anschließend trifft Mimica noch den Bayerischen Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, Marcel Huber.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/terminvorschau_de.htm

Vorschau auf Termine und Entscheidungen

Rat der Europäischen Union und Europäischer Rat

21./22.07.	Informelles Treffen der für Wettbewerb zuständigen Minister (Mailand/IT) Auf der Tagesordnung stehen die strategische Planung und langfristige Nachhaltigkeit von europäischen Investitionen in Forschung und Innovation. http://italia2014.eu/en/events/07/21/compet-industry-and-research-informal-meeting/
22.07.	Rat Auswärtige Angelegenheiten Lage in der Ukraine; EU-Polizeimission für Ukraine; Lage im Irak; Nahostfriedensprozess; Am Rande; Ministertreffen EU/Östliche Partnerschaft (22.07.) und Ministertreffen EU/Asean (23.07.). http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/EN/foraff/144025.pdf
23. 07.	Rat Allgemeine Angelegenheiten Arbeitsprogramm der italienischen Präsidentschaft; Umsetzung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, Halbzeitüberprüfung der Strategie Europa 2020 - Fahrplan für das zweite Halbjahr 2014; Einführung des Euro in Litauen zum 01.01.15; A-Punkte: Verordnung zur Verbesserung der Wertpapierabrechnungen in der EU und über Zentralverwahrer; Richtlinie zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) im Hinblick auf die Aufgaben der Verwahrstelle, die Vergütungspolitik und Sanktionen; Richtlinie über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontogebühren, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen; Verordnung zur Schaffung der Rahmenbedingungen für die Regelung der finanziellen Zuständigkeit bei Investor-Staat-Streitigkeiten vor Schiedsgerichten, welche durch völkerrechtliche Übereinkünfte eingesetzt wurden, deren Vertragspartei die EU ist; Richtlinie zur Schaffung eines Rahmens für die maritime Raumordnung und das integrierte Küstenzonenmanagement; Verordnung über elektronische Identifizierung und Treuhanddienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt; Verordnung über die mehrjährige Finanzierung der Maßnahmen der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs hinsichtlich der Verschmutzung durch Schiffe und der Meeresverschmutzung durch Erdöl- und Erdgasanlagen; Richtlinie über Schiffsausrüstung; Richtlinie betreffend die den Mitgliedstaaten eingeräumte Möglichkeit, den Anbau von GVO auf ihrem Hoheitsgebiet zu beschränken oder zu untersagen. http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/EN/genaff/143977.pdf
28./29.08.	Informelles Treffen der Europaminister (Mailand/IT)
30.08.	Europäischer Rat Besetzung von Spitzenpositionen in der EU.
09./10.09.	Informelles Treffen der Verteidigungsminister

Europäisches Parlament

	Ausschusssitzungen in Brüssel
22. -24.07.	Ausschuss für internationalen Handel (22.07.): Aussprache mit Karel De Gucht, für Handel zuständiges Mitglied der Kommission, über den Stand der Dinge in der Handelspolitik der EU. Haushaltskontrollausschuss (22.07.): Vorstellung des Tätigkeitsberichts 2013 des OLAF-Überwachungsausschusses in Anwesenheit des Generaldirektors des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF), Giovanni Kessler. Ausschuss für Wirtschaft und Währung (22.07.): Wirtschaftspolitischer Dialog und

	<p>Aussprache mit Pier Carlo Padoan, Präsident des Rates (Wirtschaft und Finanzen) und italienischer Wirtschafts- und Finanzminister.</p> <p>Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (22.07.): Mitteilung über eine Europäische Strategie für Energieversorgungssicherheit, vorgestellt von Generaldirektor Dominique Ristori, Kommission.</p>
	<p>http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/home.do?language=DE</p>

.	Plenum in Straßburg
15.-18.09.	Der vollständige Entwurf der Tagesordnung liegt noch nicht vor. Ein wesentlicher Punkt ist der EU-Haushalt für 2015..
	<p>http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+AGENDA+20140714+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE</p>

Europäische Kommission

23.07.	<p>Wöchentliche Kollegiumssitzung</p> <p>Letzte Sitzung vor der Sommerpause. Mitteilung zur Energieeffizienz in der EU; Veröffentlichung des 6. Kohäsionsberichts.</p>
	<p>http://europa.eu/newsroom/calendar/event/419131/w%C3%B6chentliche-sitzung-der-europ%C3%A4ischen-kommission</p>

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

27.08.	<p>Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft</p> <p>Sondierungsstellungnahme zum Thema „Struktur und Organisation eines sozialen Dialogs im Rahmen einer echten Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)“; Erleichterung der Visagewährung; Einrichtung einer Europäischen Plattform zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Prävention und Abschreckung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit.</p>
01.09.	<p>Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastruktur, Informationsgesellschaft</p> <p>Stellungnahme zu dem Grünbuch über mobile Gesundheitsdienste („mhealth“); Präsentation von Martin Schmalzried, Bund der Familienorganisationen der Europäischen Gemeinschaft (COFACE), zum Thema "Ergebnisse und Zielvorgaben des Projekts #DeleteCyberbullying" mit anschließender Debatte; Präsentation von Martin Ulrich., GD CNECT, Europäische Kommission, zum Thema "Jüngste Daten des Anzeigers zur Digitalen Agenda (Digital Agenda Scoreboard) und zugrundeliegende Methodik" mit anschließender Debatte.</p>
10./11.09.	<p>Plenum</p> <p>Außenhandel (kodifizierte Texte); Grünbuch über mobile Gesundheitsdienste ("mHealth"); Erleichterung der Visagewährung; Einrichtung einer Europäischen Plattform zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Prävention und Abschreckung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit; Gasverbrauchseinrichtungen; Einpersonengesellschaften; Verbot der Treibnetzfisherei; Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen horizontaler Beihilfen (kodifizierter Text).</p>
16.09.	<p>Beratende Kommission für den industriellen Wandel (BKMI)</p> <p>"Auswirkungen von Unternehmensdienstleistungen in der Industrie" (Initiativstellungnahme); "Öffnung des Luftverkehrsmarktes für eine sichere und nachhaltige zivile Nutzung pilotenferngesteuerter Luftfahrtsysteme".</p>
	<p>https://toad.eesc.europa.eu/EEESCConvocationSummary.aspx</p>

Ausschuss der Regionen

15./16.09.	Fachkommission für Wirtschafts- und Sozialpolitik (Rotherham(UK)) Konferenz zum Thema " <i>Industrielle Innovation</i> "; Stellungnahme zu dem Paket zur Industriepolitik; Stellungnahme zu Antizipation von Veränderungen und Umstrukturierungen; Stellungnahme zum strategischen Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2014-2020; Stellungnahme zum grünen Aktionsplan für KMU.
	http://www.toad.cor.europa.eu/CorGlobalAgenda.aspx

Europäischer Gerichtshof

In der Zeit vom 21. Juli 2014 bis einschließlich 01. September 2014 sind Gerichtsferien.

04.09.	Urteil in der Rechtssache C-211/13 (Kommission./. Bundesrepublik Deutschland) <i>[Freier Kapitalverkehr - Diskriminierung in deutschem Erbrecht]</i> Die Klägerin beantragt, wie folgt zu entscheiden: Die Bundesrepublik Deutschland hat gegen ihre Verpflichtungen aus Artikel 63 AEUV verstoßen, indem sie Vorschriften erlassen und beibehalten hat, nach denen bei Anwendung der Erbschafts- und Schenkungsteuer in Bezug auf eine in Deutschland belegene Immobilie nur ein geringer Freibetrag gewährt wird, wenn der Schenker oder Erblasser und der Erwerber zum Zeitpunkt der Erbschaft oder Schenkung in einem anderen Mitgliedstaat ansässig waren, während ein wesentlich höherer Freibetrag gewährt wird, wenn wenigstens einer der beiden Beteiligten zu jenem Zeitpunkt in Deutschland ansässig war. C-211/13
	http://curia.europa.eu/jcms/jcms/Jo1_6581/calendrier-curia-page-principale?Search=Search